

Kampf und Vernunft in der englischen Arbeiterschaft

In der gesamten Arbeiterschaft Englands herrscht die Überzeugung, daß die bestehende Ordnung der Dinge schlecht sei und daß die organisierten Arbeiter heute wohl schon die Macht besäßen, sie zu stürzen. Dennoch wird nirgendwo in verantwortlichen Kreisen ein plötzlicher und gewaltsamer Umschwung des Bestehenden in Erwägung gezogen. Die Luft ist voll von Streiks u. Streikdrohungen, von Zwietracht aller Art, von heftigen Angriffen gegen die Arbeitgeber. Aber, was weniger betrachtet wird, die Arbeiter zeigen eine stete Bereitwilligkeit, mit diesen Arbeitgebern gemeinsam über die strittigen Fragen zu verhandeln, und immer neue Organisationen zu schaffen, die einem friedlichen Ausgleich der Gegensätze die Bahn ebnen sollen.

Man denke an die Errungenschaften der letzten 18 Monate auf diesem Gebiete. Im Juli 1918 erschien der Schlußbericht des bekannten Whitely-Ausschusses, der die Errichtung eines Systems von Betriebsräten empfahl, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam über Anordnungen und Arbeitsbedingungen beraten und entscheiden sollen. Für jeden Industriezweig wurde ein Industrierrat vorgeschlagen; unter ihm sollen Distrikträte stehen und unter diesen wieder Fabrik-Ausschüsse. Heute bestehen bereits 52 Industrierräte, darunter in so wichtigen Industriezweigen wie Baugewerbe, Gold- und Uhrenfabrikation, Gummiindustrie, Lösserei, Druckereigewerbe, Wollweberei, Eisen- und Stahlbrau, Zement und man schätzt die Zahl der Arbeiter, die unter diese Räte kommen, bereits auf 3 300 000. Distrikträte gibt es schon in 19 Industriezweigen und auch Fabrik-Ausschüsse sind bereits hier und da eingeführt. Löhne und Stunden geben diesen Räten ihre Hauptarbeit, aber sie beschäftigen sich auch mit Versöhnung und Schiedspruch und in jüngster Zeit gar mit Fragen des Industrieertrages und der Verkaufspreise. Außerdem wurde im November 1918 ein Schiedshof (Interim Court of Arbitration) ins Leben gerufen, der heute in den Industriehöfen umgewandelt ist (Industrial Court). Er besitzt keine Zwangsmittel und tritt nur in Tätigkeit, wenn beide Parteien ihn darum ersuchen. Aber schon in dem einen Jahr seines Bestehens hat er 932 Entscheidungen getroffen, hat in 45 Fällen den Arbeitsminister beraten und fast allen wichtigen Industrien Rat gegeben.

Ferner sind vor kurzem die sogenannten Untersuchungs-Höfe eingerichtet worden (Courts of Inquiry). Solch einen Hof kann der Arbeitsminister aus eigenem Antrieb berufen, oder wenn eine der streikenden Parteien ihn darum ersucht, und zwar nicht nur, wenn ein Streik ausgebrochen ist, sondern schon, wenn einer droht. Die Aufgabe dieser Höfe ist nicht so sehr, einen Weg zur Beilegung des Streites zu finden, als das Publikum über die wirkliche Sachlage aufzuklären, und dadurch eine vernünftige Schlichtung des Falles zu fördern. Die große Gewerkschaft der Transportarbeiter machte sofort von dieser neuen Einrichtung Gebrauch.

Derselbe Geist beherrscht die Eisenbahner. Sie kämpfen um Verstaatlichung, aber bis das Ziel erreicht ist, senden sie bereitwillig vier Vertreter in den neugebil-

deten Eisenbahnausschuß von 16 Mitgliedern, dem das ganze Eisenbahnwesen unterstellt ist.

Also überall Streit und überall ehrlicher Wille zu friedlichem Zusammenarbeiten.

Wie seltsam erscheint es ferner, wenn die Gewerkschaften sich zu großen Kampforganisationen zusammenschließen, aber den Kampf in einer so schwierigen Zeit nach Möglichkeit zu vermeiden suchen, selbst wenn sich eine günstige Gelegenheit bietet. Die Bergarbeiter verbünden sich zunächst mit den Eisenbahnern und den Transportarbeitern zu einem Dreierband von gewaltiger Kampfkraft. Dann fordern sie, daß die Bergwerke unter Kontrolle der Bergarbeiter Eigentum des Volkes werden sollen. Ein von der Regierung ernannter Ausschuss prüft ihre Forderung und billigt sie mit starker Mehrheit. Aber die Regierung weigert sich, den Beschluß ihres Ausschusses auszuführen. Was scheint da natürlich, als daß die Bergleute im Bunde mit den beiden anderen Gewerkschaften beschließen, ihr Ziel im offenen Kampfe zu erzwingen? Und was tun sie? Sie halten Versammlungen in Stadt und Dorf, von einem Ende des Landes bis zum anderen, sie verbreiten Millionen von Flugchriften, alles in der Absicht, das Publikum darüber aufzuklären, daß ihre Forderung recht und billig ist, daß ihre Erfüllung mehr noch im Interesse der Gesamtheit, als der Bergarbeiter liege.

Die englischen Arbeiter besitzen zweifellos ein gesundes und reges Rechtsgefühl. Freilich klagt ihr Mißtrauen gegen Parlament und Regierung von Tag zu Tag, aber wer zeigt bei den Wahlen mehr Eifer und Begeisterung als sie? Sie fordern Freiheit nicht nur für die nationale, sondern auch für die internationale Betätigung der Arbeiter und lassen sich von der Regierung die Teilnahme an internationalen Tagungen verbieten. Während des Krieges stellen sie mit staatsmännischem Weitblick die Grundsätze fest, deren Annahme einen gerechten und dauernden Frieden verbürgt hätte, und als der Frieden von Versailles nichts wird als ein Hohn auf ihre Forderungen, da tun sie keinen Schritt, ihren Willen zur Geltung zu bringen.

Die Beispiele solcher Unfolgerichtigkeiten und Widersprüche lassen sich leicht vermehren. Wie erklären sie sich? Soweit sie einer einheitlichen Erklärung zugänglich sind, lassen sie sich, auf ein lebendiges und tiefwurzelndes Volksgefühl zurückführen, das, bewußt oder unbewußt, die einzelnen Klassen des Volkes beherrscht und ihr Verhalten bestimmt. Jene Achtung vor der öffentlichen Meinung, die die Bergarbeiter zeigen, was ist sie anders, als ein Bekenntnis zu dem Glauben, daß die Anschauung des ganzen Volkes, die in der ausgeklärten öffentlichen Meinung ihren Ausdruck findet, höhere Bedeutung habe, als die Anschauung irgend einer einzelnen Klasse?

Dieses selbe Volksgefühl gibt ihnen politische Ruhe und Reife, Besonnenheit, Mäßigung und damit ihrer Bewegung äußere Langsamkeit, aber von innen drängende Wucht. Es lehrt sie, daß im politischen und sozialen Leben jeder Sprung ins Dunkle geht, daß man Schritt um Schritt gehen muß, wenn man nicht fehlgehen will. Es macht sie willig, auch die andere Seite zu hören, denn auch auf der anderen Seite spricht die Stimme des einen Volkes. Es gibt all-

ihren Bestrebungen, die auf die Besserung der Lebensbedingungen ihrer Klasse gerichtet sind, die sittliche Weisheit. Denn die Vorteile, die sie scheinbar für sich suchen, kommen in letzter Linie auch ihrem Volke zugute. Indem sie den eigenen Stand erhöhen, fühlen sie, daß sie ihr Volk erhöhen. Sie erkennen zugleich, daß es politische Torheit ist, die Früchte vom Baum des Volkes reifen zu wollen, ehe sie reifen. Sie werden mißtrauisch gegen jede Gewalt, der sie selbst nicht weichen würden u. von der sie sich deshalb auf keinen dauernden Erfolg bei ihren Volksgenossen versprechen.

Vor der englischen Arbeiterschaft, die trotz allen Kampfes ruhig und besonnen an einem Ausbau ihrer Rechte arbeitet, könnte die deutsche Arbeiterschaft lernen. Leider folgt ein großer Teil den u. s. und kommunistischen Einflüsterungen und tut damit den Sprung ins Dunkle. Nicht Phrasen helfen uns, sondern ernste Geredsamkeit, nicht Klassenkampf, sondern energisches tatkräftiges und geschicktes Vertreten der Arbeiterschaft, wie es die christlichen Gewerkschaften von jeher taten.

Vom Gebot der Stunde und die U. S. P. D.

Heinrich Henksmeier.

Ueber dieses Thema schrieb Kaughly in der „Wiener Arbeiterzeitung“ und die Volksstimme in Duisburg druckt seine Auslassungen ab mit dem Bemerkten: „Das Maß von Mut, mit dem Kaughly den Arbeitern auch unbedingte Wahrheiten sagt, wird von den Agitatoren der U. S. P. nicht erreicht werden.“

Wir greifen als wertvollstes Geständnis Kaughlys aus dem Artikel folgende Stelle heraus, die die Antwort auf die Frage einleitet, welches das Gebot der Stunde sei?

Es ist — darüber müssen wir uns klar werden und danach handeln — leider noch nicht das einer sofortigen Durchführung des Sozialismus, sondern das einer Liquidierung des Krieges. Der furchtbare Krieg mit den wahnwitzigen Friedensbedingungen der Entente hat den Produktionsprozeß auf tiefste erschüttert. Ihn aufs rascheste in Gang zu bringen, ist das dringendste Gebot. Sozialistische Produktion ist aber nicht von heute auf morgen durchzuführen, darüber ist sich jeder klar, der eine Ahnung von ökonomischen Dingen hat.

Sofortige Wiederherstellung der Produktion heißt daher sofortige Wiedereinstellung der kapitalistischen Produktion. Darum kann auch das stärkste sozialistische Wollen nichts ändern. Das Proletariat selbst ist bei blühender kapitalistischer Produktion besser daran als bei einem Sozialismus, der unzureichend produziert. Ein Kommunismus des Teilens, der Blünderung der Reichen, vermehrt nur die Produktionsstörung und den Mangel an Produkten. Der Sozialismus, der das Proletariat befreien soll, muß mehr produzieren als der Kapitalismus.“

Ein solches Maß von Einsicht besitzen leider nicht alle, die in sozialistischen Kreisen führend sein wollen. Vielfach geht es auch der Presse ab, das zeigt zur Genüge ein Artikel im „Ruhr-Echo“, dem U. S. P.-Organ für

Klassenkämpfer

I.

Die aufstrebende, praktische Gewerkschaftsarbeit, die Schritt für Schritt die Lohn- und Arbeitsverhältnisse günstiger gestaltet, die mühevolle, verantwortungsvolle Tätigkeit in den Selbstverwaltungskörpern, die den Aufbau des deutschen Wirtschaftslebens und den sicheren Aufstieg der Arbeiterschaft zur gleichberechtigten Mitbestimmung in allen Fragen des Wirtschaftslebens ermöglicht, wird bekanntlich von den radikalen Klassenkämpfern der U. S. P., K. P. D. usw. abgelehnt. Dafür ergehen sich diese „Arbeitervertreter“ in hohen Phrasen vom „alleinseligmachenden Klassenkampf“, von der „großen Revolution“, die allein das Heil bringen könne.

Wie wenig eine Revolution, vor allem eine von diesen Worthelden gemachte, geeignet ist, die Verhältnisse zu bessern und wie recht die christliche Gewerkschaftsbewegung bei der Ablehnung der Revolution und der Betonung des christlichen Solidarismus im Staats- und Wirtschaftsleben hat, dafür bietet ein Buch eine ganze Anzahl neuer Beweise, welches von dem bekannten Volksbeauftragten in der Revolutionszeit, G. Barth, unter dem Titel: „Aus der Werkstatt der deutschen Revolution“, im A. Hoffmanns Verlag in Berlin erschienen ist. Von einem, der selbst in der Vorbereitung und während der „glorreichen Revolution“ eine — wenn nicht die — Hauptrolle gespielt hat, zeigt die phrasengeschwollenen „Klassenkämpfer“, denen auch heute noch breite Massen wie fasziniert nachlaufen, einmal in ihrer wahren, kläglichen Gestalt. Dientes Mitleid muß einem erschaffen, wenn man sieht, welcher Art diese „Vorkämpfer des Proletariats“ sind, die von den Massen fast wie Heilige verehrt werden (Siehe S. 11). Mitleid mit dem deutschen Volk und dem deutschen Arbeiter, der trotz seiner Intelligenz sich von solchen traurigen, krankhaft veranlagten Romanhelden „führen“ läßt. Wir lassen einige bemerkenswerte Stellen aus diesem Buche folgen:

„Revolutionen werden nicht gemacht!“

Wie stolz auf diese ihre Weisheit sind alle jene Theoretiker des Sozialismus, die weltentfern vom wirklichen Leben, an ihrem Schreibtisch sitzend, die Weltgeschichte, wie der Anatom die Leiche, sezieren.

Genau wissen sie nach, daß es nur so, wie es kam, hat kommen können, weil eben die gegebenen Voraussetzungen gar keine anderen Wirkungen entstehen lassen konnten. Sie weisen historisch nach, daß es so und nicht anders kommen mußte, und daß die Entwicklung die Gestaltung der Dinge in Zukunft so und nicht anders bringen wird und bringen darf.

Mit Verlaß — und bei aller Unsicherheit vor den in diesen Nachweisen stehenden wissenschaftlichen Leistungen —

jet gesagt: All' dies ist nur eine wissenschaftlich garnierte Lebensfremdheit; denn bei Dichte versehen ist dies weiter nichts als die Lehre des Fatalismus, es widerspricht jeder Wirklichkeit. Das Gegenteil ist die Wahrheit.

Revolutionen werden gemacht!

Aber wer sie macht, soll sich der Verantwortung bewußt sein, die auf ihm lastet. Eine niedergeschlagene Bewegung kostet Blut und Tränen im Übermaß. Wer die Stunde, wer die Stärke des Gegners und die eigene Stärke nicht zu werten vermag, der soll Holz spalten, aber keine Revolutionen machen. Wer hierbei wagt und immer wagt, bei wem persönlicher Vorteil oder Ehrgeiz in Frage steht, der soll die Hände aus dem Spiel lassen. Wer warnt und wieder warnt und beim Erfolg sich mit dem Vorbeier schmückt, beim Mißerfolg Jeter und Werdio schreit, der soll im Interesse der Sache verschwinden.“

Dem partakistischen „Nationalhelden“ Karl Liebknecht, dem die roten Garden des Ruhrgebietes „es geschworen“ hatten, widmet das Buch besondere Aufmerksamkeit. Aus der sagenumwobenen Heldengestalt wird ein klägliches, eingebildetes, krankhaft-Ehrgeiziger Feigling, ohne Gleichen.

Am nächsten Tage wurde Karl Liebknecht entlassen. Ich bekam wieder erst in letzter Stunde Nachricht. Trotzdem war es noch möglich 15 bis 20 000 Menschen am Abend auf die Beine zu bringen. Nachdem der Zug mehrmals durch Schussmanöver auseinandergerissen war, wurden wir zuletzt auf einem Kolonnenwagen, von circa 1000 Menschen begleitet — Auf dem Wege von da nach Steglitz erklärte Liebknecht: Solch eine Menschenmenge hat Berlin noch nicht gesehen! Ich werde ihnen eins ausspielen! In 14 Tagen bin ich wieder im Zuchthaus. Ich erklärte ihm, daß er im ersten Punkte im Irrtum sei, und daß, wenn das letztere der Fall sein würde, ich ihn für den dümmsten und feigsten Trottel halten würde; denn, um ins Zuchthaus zu kommen, dazu gehöre nichts, aber nicht hineinzu kommen und trotzdem das ganze System zu stürzen, dazu gehöre etwas. — Je weiter ich in meinen Ausführungen kam, um so länger wurde sein Gesicht und zum Schluß erklärte er: Es ist ja ganz gut, daß ihr nicht geschlafen habt, aber jetzt bin ich ja wieder da, und ich werde nun schon die ganze Sache richtig gestalten.

Ich unterließ mich noch kurze Zeit mit Theodor Liebknecht, und ging mit dem Bewußtsein, daß bittere Tage für die revolutionäre Bewegung angebrochen seien.“

Und nun weiter in der Charakterisierung des „großen“ Liebknecht:

Wir führen um 12 Uhr von Reinickendorf nach Hause, und ich hat Liebknecht dringend, doch ja die größte Vorsicht in der Elektrischen wachen zu lassen, damit ihn niemand

erkenne. Auch Däumig legte ihm das dringend ans Herz. Die Elektrische kam vollbesetzt von ZegeL. Wir drängten noch hinein und waren kaum drin, als Liebknecht, mitten im Wagen stehend, Zuchthauserlebnisse erzählte. Wie ein Kausseuer ging es durch den Wagen: Liebknecht! Liebknecht! Mit solch sträflicher Selbstherrlichkeit handelt der Mann dauernd.“

Die Höhe aber stellt nachfolgende Schilderung des Verkaufs einer „revolutionären“ Sitzung dar:

„ — — — Nachdem ich gesprochen, ging ich zu Liebknecht und es entspann sich folgender Dialog:

(Barth): „Sie wissen, daß ich eine Demonstration nicht nur bekämpfe, sondern für ein Verbrechen halte. Sollte aber die Demonstration beschlossen werden, dann verlange ich von Ihnen, daß Sie mir sagen, wo ich Sie am Sonntag treffe, zusammen mit Maier und Duncker. Ich bringe 4 Brownings mit je 100 Schuß mit, und wir stellen uns dann an die Spitze des Zuges —“

(Liebknecht): „Aber Genosse Barth, Sie sind ja wahnwitzig!“

(B.): „D nein, lieber Freund, nur konsequent! Also wir gehen an der Spitze des Zuges und wenn wir an die Schuhmannslette herankommen, dann ein, zwei, drei, piff, paff!“

(L.): „Aber Genosse Barth, Sie sind ja völlig wahnwitzig!“ sagte er nun schneelächelnd.

(B.): „Hören Sie doch weiter, bis ich fertig bin: Und sollte hierbei einer von Euch dreien verjagen oder Reißaus nehmen wollen, dann knalle ich ihn nieder, so wahr ich hier lize!“

(L.): „Aber Barth, aus Ihnen spricht buchstäblich der Wahnsinn!“

(B.): „Nein, nein, nur die Konsequenz! Aber aus Ihnen die Feigheit und der Größenwahn. Sie behaupten, das durch die Sabelhiebe der Schutzleute vergossene Blut erzeuge revolutionären Elan und revolutionäre Lauffahrt. Ich nehme an, daß Sie nicht so demagogisch sind, daß dieser Grundsatz für alle mit Ausnahme von Ihnen, Gültigkeit habe. Ich sage: Wenn ich von dem Proletariat revolutionäre Taten verlange, dann muß ich nicht nur mit gutem, sondern mit dem denkbar besten Beispiel vorangehen. Und nun passen Sie auf: Wird die Demonstration beschlossen und Sie oder Maier oder Duncker kommen nicht und zwar so wie eben gesagt, dann knalle ich Euch wegen Feigheit und Schurkerei nieder wie die Hunde.“

(L.): „Sie sind wahnwitzig.“

(B.): „Von dieser Stunde ab war ich bei Liebknecht der bestgehätselte Mensch, gegen den zu kämpfen ihm jede Gelegenheit und jedes Mittel recht war. Von demselben Gefühl war Duncker gegen mich beherrscht, dem ich in dieser Stunde wegen seiner Feigheit den Marsch blies.“

Schluß folgt.

des Industriegebietes vom 16. Juni 1920, wo zur Dritten Moskauer Internationale Stellung genommen wird. Die U. S. P. haben bei der letzten Reichstagswahl auf Kosten der Mehrheitssozialisten einen großen Erfolg erzielt und die Mehrzahl der zu ihnen gestohlenen Arbeiterwähler wird der Meinung gewesen sein, daß die Partei ihre großen Versprechungen vor der Wahl nun durch entsprechende positive Arbeit einlösen würde. Jedoch hat es den Anschein, daß man im Lager der U. S. P. so sehr mit häuslichen Streit beschäftigt ist, daß für praktische Arbeit zum Wohle unseres Volkes Zeit und Verständnis fehlt. Der Anschluß an die dritte Internationale — eine Organisations- und Parteifrage — erscheint diesen Leuten wichtiger, als wie praktische Politik und Mitarbeit an verantwortlicher Stelle. Ist es nicht eine Blamage sondergleichen, daß den beiden größten deutschen Parteien der Mut fehlt, in die Regierung einzutreten?

Mit der steigenden äußeren Stärke hat anscheinend aber auch die innere Uneinigkeit Fortschritte gemacht, wie folgende Auslassungen des „Ruhr-Echo“ erkennen lassen: Nachdem die Beschlüsse des Leipziger Parteitages der U. S. P. erwähnt sind, heißt es weiter:

Wie aber die Beschlüsse von Leipzig im allgemeinen bisher auf die Sabotage durch die menschewistischen Geister in der Partei gestossen sind, so erst recht in der Frage der Internationale. Die Genossen, die auf dem Leipziger Parteitag sich mit aller Kraft einer klaren Entscheidung widersetzen, die ohne sie und gegen sie erzwungen wurde, haben seitdem die ganze Autorität, die ihnen von den Genossen gegeben wurde, zur Durchsicherung der Parteitagebeschlüsse benutzt. Georg Ledebours humanitäre Konfusion und spießbürgerliche Einfischlosigkeit gegenüber den Notwendigkeiten der sozialen Revolution. Ertrübens salbungsvolle Entrüstung über die Bolschewiki und ihre Respektlosigkeit vor Autoritäten vom Schlage der Kauchhaner, Hilferdings glühender Haß gegen die Dritte Internationale und Heines Kochen auf den Ehrenstandpunkt haben sich nicht nur in Leipzig, sondern vielmehr noch nach Leipzig ausgedehnt. Sie haben ihre Stellung in den leitenden Körperchaften der Partei benützt, um die Ausführung der Parteitagebeschlüsse in ihrem Sinne, das heißt gegen die Beschlüsse des Parteitages, zu gestalten.

Jetzt sind sieben Monate verfloßen seit dem Leipziger Parteitag, der dem Parteivorstand den Auftrag gab, wohl zu versuchen, eine Zusammenfassung der revolutionären Parteien aller Länder anzustreben, aber auch weiter auszusprechen, daß, wenn diese Versuche scheitern, ohnedies der Anschluß an Moskau zu vollziehen sei.

Praktisch kommt der erste Teil des Leipziger Beschlusses kaum noch in Frage, da mittlerweile fast alle revolutionären Parteien sich für den Anschluß an Moskau entschieden haben. Nur die deutsche U. S. P., oder besser das Zentralkomitee derselben, ist noch immer nicht aus dem Stadium der „Erwägungen“ herausgekommen, dank der — Angst vor den Kommunisten.

Gewiß haben sich die Instanzen wiederholt mit der Ausführung des Leipziger Beschlusses befaßt, aber jedesmal entbrannten so heftige Kämpfe, daß praktisch nie etwas Positives herauskam. Das einzige, was bis jetzt mit zur Beratung steht ist der Beschluß, eine Kommission Moskau zu schicken.

Kauchh wird mit folgenden „Liebenswürdigkeiten“ bedacht:

„Wenn auch dieses oder jenes besonders auf Kauchh zutreffen mag, so müssen wir doch betonen, daß Kauchh nicht die U. S. P. D. und selbst nicht einmal die Verkörperung der rechten Führer schlechthin ist, und daß er fast isoliert dasteht. Und wir möchten wohl sagen, daß die in der U. S. P. D. gesammelten Massen der revolutionären Arbeiter sozusagen immun gegen die kauchhanischen Illusionen sind.“

Kauchh wird daher wohl kaum damit rechnen können, daß seine Ermahnungen zur praktischen Arbeit Beachtung finden. Die deutschen Arbeiter aber sollten sich doch einmal die Frage beantworten: Was hat es für einen Wert, Leute in die Parlamente zu wählen, denen der Wille und das Verständnis für die praktische Politik fehlt? Wähler, die solchen Parteien bei Wahlen ihre Stimme gegeben haben oder noch geben, sind mit schuldig, wenn der Reichstag zu einer Schwabstube für Demagogen und Hezer erniedrigt wird.

Selbst Kauchh muß verblümt zugeben, daß es mit den Klassenkampf so eine eigene Sache ist. Praktische Arbeit leisten heißt, sich in den Dienst der Gesamtheit stellen, Gemeinheitsarbeit leisten, wie es die christlichen Gewerkschaften tun.

Sabotage des Schlichtungswesens durch die Unternehmer

A. Herrmann.

Wenn es dem Schlichtungsausschuß in einer Arbeitsstreitigkeit nicht gelingt, eine Vereinbarung zwischen den Parteien herbeizuführen, so hat derselbe bekanntlich einen Schiedspruch abzugeben, durch den er diejenige Auffassung zum Ausdruck bringt, nach welcher der Streit bei beiderseitigem guten Willen der Parteien nach Recht und Billigkeit unbedingt hätte gelöst werden können. Der Schiedspruch ist rechtlich nichts anderes als ein behördlicher Vergleichsvorschlag, den die Parteien annehmen oder auch ablehnen können.

Wird der Schiedspruch von der einen Seite abgelehnt, von der anderen aber angenommen, so kann die letztere die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches beim örtlich zuständigen Demobilisierungskommissar beantragen. Gibt der Demobilisierungskommissar dem Antrag auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches statt, so wird durch diese Verbindlichkeitserklärung, wie schon das Wort sagt, dem Schiedspruch verbindende Rechtskraft für beide Parteien verliehen. Diese Befugnis des Demobilisierungskommissars zur Verbindlichkeitserklärung von Schiedsprüchen beruht auf § 14 der Verordnung über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter vom 4. Januar 1919 bezw. § 17 der Verordnung über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung der Angestellten vom 24. Januar 1919 und ist neuerdings in der Demobilisierungsverordnung vom 12. 2. 1920 in § 25 festgelegt.

Nach Maßgabe des § 28 der letzteren Verordnung steht dem Demobilisierungskommissar ausdrücklich die Befugnis des § 25 nicht nur bei Streitigkeiten über Wieder-einstellung und Entlassung, sondern auch bei solchen „über Löhne, Gehälter oder sonstigen Arbeitsbedingungen“ zu. Damit ist klar zum Ausdruck gebracht, daß die Verbindlichkeitserklärung eines Schiedspruches auch in solchen Fällen erfolgen kann, wo der Schlichtungsausschuß nicht in einer mehr oder weniger harmlosen Einzelfreitigkeit, sondern in Gesamtstreitigkeiten angerufen wird, wo es sich um die Existenzbedingungen ganzer Arbeitnehmerschaften handelt, und er auf Grund der Tarifverordnung vom 23. Dezember 1918 tätig gewesen ist.

Gerade das Gebiet der Gesamtstreitigkeiten ist bisher das fruchtbarste Feld der Schlichtungsausschüsse gewesen, und gerade auf diesem Gebiet hat sich die Befugnis des Demobilisierungskommissars zur Verbindlichkeitserklärung von Schiedsprüchen als ein unerlässliches Hilfsmittel erwiesen, um die widerstrebenden Arbeitgeber zur Annahme eines Schiedspruches zu zwingen. Wäre ein solches Zwangsmittel nicht vorhanden, dann könnte man das ganze Schlichtungswesen nur als eine lächerliche Spiegelschere bezeichnen.

Die Möglichkeit der Verbindlichkeitserklärung eines Schiedspruches bei Gesamtstreitigkeiten ist den Arbeitgebern schon lange ein Dorn im Auge gewesen, und es

Eine finanzkräftige Organisation ist die erste Voraussetzung für gewerkschaftliche Erfolge

wird daher schon seit geraumer Zeit gegen diese Befugnis des Demobilisierungskommissars von den Unternehmern Sturm gelaufen. Mit Hilfe juristischer Haarpalatrien und Spitzfindigkeiten wird nachzuweisen gesucht, daß der Demobilisierungskommissar rechtlich gar nicht ermächtigt sei, die Verbindlichkeitserklärung in Schiedsprüchen bei Gesamtstreitigkeiten auszusprechen, und das Organ der Vereinigung Württembergischer Arbeitgeberverbände, „Die Württembergische Industrie“ geht neuerdings soweit, „allen Arbeitgeberverbänden, die in eine solche Situation kommen, dringend zu empfehlen, die Rechtsverbindlichkeitserklärung eines Schiedspruches des Schlichtungsausschusses durch den Demobilisierungskommissar nicht anzuerkennen, sondern gegebenenfalls mit einer Feststellungsklage bei den zuständigen Gerichten diese Verbindlichkeitserklärung hinsichtlich zu machen.“

Es ist gar kein Zweifel, daß die Arbeitgeber von dieser Aufforderung den ausgiebigsten Gebrauch machen werden, und es ist auch nicht ausgeschlossen, daß es Gerichte geben wird, die sich auf den Standpunkt der Arbeitgeber stellen, zumal da die Auffassung derselben auch von einigen namhaften Vertretern der Wissenschaft geteilt wird. Ob aber durch einen derartigen Richterpruch in der Praxis das erreicht wird, was das Schlichtungsverfahren mitamt der Verbindlichkeitserklärung erreichen will und soll, die Sicherung der Produktion vor gewalttätigen Erschütterungen und die Erhaltung des wirtschaftlichen und sozialen Friedens, muß ernsthaft bezweifelt werden. Man kann von den Arbeiterschaften nicht verlangen, daß sie sich eine Verschleppungstatistik durch das gerichtliche Verfahren gefallen lassen, wenn sie einmal vor dem Schlichtungsausschuß mit Mühe und Not eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage durchgedrückt haben. Und man kann noch weniger von ihnen erwarten, daß sie sich durch einen Richterpruch, und wenn er noch so weise ist, abspesen lassen; denn davon wird man nicht satt. Die Arbeiterschaft würde vielmehr durch eine derartige Taktik der Arbeitgeberverbände von neuem zum Gewaltmittel des Streikes

gezwungen, und man könnte eigentlich nur noch bedauern, daß sie den Schlichtungsausschuß überhaupt lange in Anspruch genommen hatte.

Zum Glück liegen aber bereits einige gerichtliche Urteile vor, in denen die Klage der Arbeitgeberseite abgewiesen worden ist. Es erscheint dringend geboten, die Arbeitgeberchaften auf diese beiden Urteile energisch aufmerksam zu machen, damit sie in der Lage sind, dem Klageanspruch der Arbeitgeber in solchen Fällen mit Erfolg zu begegnen.

In einem Fall handelt es sich um ein Urteil des Amtsgerichts Saulgau, in Sachen des Deutschen Metallarbeiterverbandes Friedrichshafen gegen die Firma S. Bauy, Entensmaschinenfabrik in Saulgau, wo die Firma zur Erfüllung der aus einem verbindlich erklärten Schiedspruch eines Schlichtungsausschusses erwachsenen Verbindlichkeiten verurteilt worden ist. Es heißt in der Begründung zu dem Urteil, daß Dienstverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern als abgeschlossen gelten, wenn ein Schiedspruch für verbindlich erklärt sei, mag es sich nun um Einstellung von Kriegsteilnehmern oder um Streitigkeiten über Arbeitsbedingungen handeln. Aus sozialen Gesichtspunkten ist dem Demobilisierungskommissar die Befugnis verliehen, einen Arbeitgeber, der an sich den streitigen Antrag nicht unterzeichnet hat, durch Genehmigung eines Schiedspruches, gerade so zu behandeln, wie wenn er den streitigen Tarifvertrag selbst abgeschlossen hätte. So und nicht anders muß die angeführte Gesetzesbestimmung nach den heutigen Verhältnissen aufgefaßt werden.“

Die zweite gerichtliche Entscheidung, die wegen ihrer ausführlichen Begründung von ganz besonderem Interesse ist, ist vom Landgericht Ulm a. D. am 10. 12. 1919 in Sachen Ball & Genossen gegen die Firma Braun, Dachdecker, in Ulm a. D., gefällt worden. Auch in diesem Urteil ist wiederholt und unzweideutig zum Ausdruck gebracht, daß nicht nur solche Schiedsprüche, die sich mit Einzelfreitigkeiten befassen, für verbindlich erklärt werden können, sondern vielmehr alle Schiedsprüche, die sich mit den Arbeitsverhältnissen der gewerblichen Arbeiter befassen.

Dem letzteren Urteil ist auch deswegen ein besonderes Gewicht beizulegen, weil es ein Berufungsurteil ist gegen die Entscheidung eines Gewerbegerichts in gleicher Angelegenheit.

Der Hinweis auf diese beiden gerichtlichen Entscheidungen ist ohne Zweifel von erheblichem Wert für die Arbeitnehmerchaften und wird gewiß in vielen Fällen dazu beitragen, die gegnerische Betrachtungsweise der Rechtslage wirksam zu entkräften.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 18. Juli der 30. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 18. bis 24. Juli.

Vor Zugang nach Erlaubt wird dringend gewarnt. Angehts der dortigen Lohn- und Löhnerverhältnisse bietet sich keine Aussicht auf lohnende Beschäftigung.

Es erhalten die Genehmigung zur Erhebung folgende Beiträge:

Ehrendienst: (Votalschläge). II. Klasse 1,30 M., halbe Beitragsklasse 0,90 M., Jugendklasse 0,50 M.

Aus dem Verbandsgebiet

Bezirkskonferenz des 3. Bezirks (Hagen). Am Sonntag, den 27. Juni fand im Wilhelmshof in Hagen die diesjährige Bezirkskonferenz des 3. Bezirks statt. Der Bezirksleiter, Kollege Wolf, wies in seiner Begrüßungrede auf die Umwälzungen hin, die seit der letzten Konferenz im Jahre 1918 Deutschland umgestaltet haben, ohne die christliche Gewerkschaftsbewegung, vor allem unseren christlichen Metallarbeiter-Verband, erschlaffen zu können.

Ursachm erkrankte Kollege Hirtfelder, der von 1910 bis zum 1. Januar d. J. den Bezirk geleitet hatte, den Bericht über die Jahre 1918 und 1919. Er schilderte, wie sich die gewerkschaftliche Lage durch die Umwälzungen auf politischem Gebiet und durch die Entwicklung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes und das Ueberhandnehmen des Rabulismus in diesem Verbande auch für die Metallarbeiterchaft verändert hat. Durch den bolschewistischen Standpunkt der jetzigen Leitung dieses Verbandes ist die Gewandung der Verhältnisse in der Metallindustrie außerordentlich erschwert. Die Macht der Verhältnisse zwingt allerdings auch diese Ultrarevolutionäre häufig zum Abweichen von ihrem beherrschenden Standpunkt. Es ist interessant, in welcher lächerlicher Weise bei solchen Gelegenheiten die sozialdemokratischen Metallarbeiterführer an Worten leiden. In Verhandlungen über die Normalarbeitsordnung in Berlin, an welchen auch diese teilgenommen, wurde ihnen von dem Vorsitzenden, Commerzienrat Börsig, vorgeschlagen, daß diese Erlaubnisse doch nichts anderes als Arbeitsgemeinschaft seien, wie doch von der Stuttgarter Generalversammlung abgelehnt worden war, und der bekannte Vorsitzende antwortete darauf: „Aber wir nennen es nicht so!“ Und der Vorsitzende konnte darauf feststellen: „Es kommt Ihnen also nur auf das Wort an!“ Und Schilde hat bei seiner Abfertigung von seiner Vorsitzenden-Stellung gesagt: „Im Deutschen Metallarbeiterverband herrscht nicht die Tat, sondern die Phrase.“

Die gewerkschaftliche Arbeit in der Metallindustrie ist außerordentlich unter diesen Verhältnissen. Wohl war es möglich, in unzähligen Vohbewegungen den Normallohn bedeutend zu steigern, aber angehts der ungeheuerlichen Löhnerhöhung ist der Reallohn, die Kaufkraft des Lohnes weit zurückgeblieben. Die Mitarbeit in den Selbstverwaltungsgremien der Industrie, die die U. S. P.-Metallarbeiter ablehnen in Verbindung mit der gewerkschaftlichen Betätigung allein kann hier Wandel

Die durch Erschöpfung der Kaufkraft weiter Konsumentenkrise, die Zurückhaltung der Käufer und die Wertminderungen eingetretene Absatzmangel hat...

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kennzeichnet der Redner die Stellung unseres Verbandes zur Sozialisierungsfrage, zu den Betriebsräten, Arbeitsvertrag und den sonstigen Problemen der Zeit...

Die Forderung der christlichen Arbeitnehmerschaft, zusammengefasst im Deutschen Gewerkschaftsbund, der in seiner Zusammensetzung im Verbandsorgan anschaulich dargestellt worden ist...

Zentrale Schulungs- und Aufklärungsarbeit unter entsprechender Ausnutzung des Verbandsorgans, des Zentralblattes, der deutschen Arbeit und der Zeit...

Wohin ging Kollege Hirtler auf die Entwicklung des 3. Bezirks ein, die als befriedigend angesehen werden kann, immochin jedoch auch für die Zukunft weitere Ausgestaltung erhoffen lässt...

Mit dem wärmsten Dank für die treue Gefolgschaft, die ihm im Bezirk stets zuteil geworden war, schloß Kollege Hirtler seinen Bericht.

Ueber den „Ausbau des Vertrauensmännerapparats, eine Notwendigkeit für unsere Ortsgruppen“ hielt der Bezirksleiter, Kollege Kief, einen Vortrag, in welchem er die Bedeutung schildert, die der Vertrauensmännerapparat von jeher für die Festigkeit der Organisation gehabt hat...

Kollege Kief zeigte, was getan werden muß, um solche Vertrauensleute zu erzielen und das System auszubauen. Sein Vortrag bot eine Fülle von Anregungen, die, wenn sie in die Praxis übertragbar sind, eine Vertiefung der Organisation und eine größere Geschlossenheit garantieren...

An den Vortrag schloß sich eine Diskussion an, in welcher aus den verschiedenen Ortsvereinigungen des Bezirks Vertreter zu Worte kamen. Der Kollege Böhle, Bielefeld, betonte dabei vor allem die Notwendigkeit, die Werbearbeit unter den Jugendlichen nicht nur in den konfessionellen Vereinen, sondern in stärkerem Maße in den Betrieben zu betreiben.

Nach der Mittagspause wurde die Wahl des Bezirksvorstandes vorgenommen, worauf Kollege Schmidt das Wort nahm zu einem Referat über „Arbeitsgemeinschaft und Selbstverwaltung“. Er teilte mit, daß er vom Verbandsvorsitzenden, Koll. Wieber, beauftragt sei...

Die großen Aufgaben, vor die sich das deutsche Volk durch den Zusammenbruch gestellt sieht, wollen wir von unserer Weltanschauung ausgehend auf die christliche Gemeinschaftsarbeit, durch Gemeinschaftsarbeit lösen. So wird die Mitarbeit an Arbeitsgemeinschaften und Selbstverwaltungsgremien für uns zur Weltanschauungsfrage.

Die Abänderung des Systems des Herrenmenschtums, der liberalen, kapitalistischen Wirtschaftsordnung darf nicht durch ein anderes Herrenmenschtum, die Diktatur des Proletariats, erfolgen. Wir können dabei vom Regen unter die Traufe kommen. Der Sozialismus, der die Produktion ganz in die Hände des Staates legen will, kann den Bedürfnissen unserer Zeit unter keinen Umständen genügen...

Das ist der Grundgedanke der Selbstverwaltungsgremien. In der Metallindustrie regeln der Eisenwerkstoffverband und der Metallwirtschaftsverband die Produktion, den Absatz, die Ein- und Ausfuhr, die Preise usw. in diesem Sinne. Jedem Unternehmer wird soviel Freiheit gelassen, wie das Gesamtinteresse vordringt. Wo die Grenze ist, bestimmen die genannten Körperschaften, in welchen die Produzenten, der Handel und die Verbraucher in gleicher Zahl und mit gleichen Rechten vertreten sind...

Der Redner schildert das Aufgabengebiet der Selbstverwaltungsgremien und zeigt an interessanten Beispielen den gegenseitigen Einfluß, den sie ausüben können. Seine Ausführungen gipfeln in einer entscheidenden Forderung: der Haltung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, der durch seine absteigende Stellung und sein Zerfallen die Vertretung der Arbeiter und Allgemeininteressen gegenüber der Staatsherrschaft gewisser kapitalistischer Unternehmerkreise unzulänglich erschwert, und sich dadurch aufs schwerste verengt. Er fordert auf, die Arbeit des Verbandsorgans, die sich mit diesen wichtigen Institutionen befassen, genau zu studieren, und Verständnis für ihre große Bedeutung in weite Kreise zu tragen.

In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Konferenz sich der großen Bedeutung dieser Dinge bewußt geworden war und daß in den nächsten Monaten in Arbeits- und Vertrauensmänner-Versammlungen dieses Thema von allen Seiten hin durchgesprochen werden müsse.

Nach weiteren aufklärenden Worten der Kollegen Schmidt und Hirtler über Preisregelung, soziale Ausfuhrabgabe, Zentralisierung der Lebensmittellieferung schloß Kollege Kief die anregend verlaufene Konferenz gegen 6 Uhr, nachdem Kollege Schmidt noch auf die Notwendigkeit hingewiesen hatte, daß die Betriebsräte der Zentrale über ihre Erfahrungen aus der Praxis immer und regelmäßig Bericht erstatten. S. S.

Siegerland. (Arbeitsarbeit in der Siegerländer Schmelzindustrie.) Als nach der Revolution der Arbeitslohn dem Preis- und Schmelzlohn weichen mußte, haben wir nicht so ohne weiteres in den Jubel weiterer Arbeiterkreise eingestimmt. So sehr wir uns darüber klar waren, daß die Mehrzahl der bestehenden Arbeitsverträge nicht als Ausbeutung der Arbeiterschaft zu betrachten waren, so sehr wußten wir, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft bald nach Abschaffung dessen Wiedereinführung fordern würde. Es geht schließlich nicht an, daß man auf der einen Seite freie Bahn dem Tüchtigen fordert und auf der anderen Seite dem vernünftigen Arbeiter die Gelegenheit nimmt, auf Grund seiner Vernunft und seines Fleißes im Arbeit mehr zu verdienen.

Im Allgemeinen konnte denn auch von einer Abschaffung oder Einschränkung der Arbeitsarbeit, namentlich in der Metallverarbeitungsindustrie, nicht gesprochen werden. Lediglich die sogenannten Produktionsprämien in den Hochöfen, Stahl- und Walzwerken, waren in Wegfall gekommen.

Aber auch hier trat sehr bald ein, was wir vorausgesehen hatten, indem die Arbeiterschaft die Wiedereinführung dieser Prämien wünschte. Um die Produktions- und Arbeitsfreudigkeit zu heben, waren die Arbeitgeber auch ohne Weiteres darauf zu haben. Es wurde zunächst im Betriebe der Allgäuwerkstätten Charlottenhütte für die Abteilungen Stahl-, Walz- und Hammerwerke Arbeit- oder Prämien eingeführt, wodurch bemerkenswerte Übererndnisse erzielt wurden.

Die Folge davon war, daß alle, in den genannten Abteilungen bis jetzt beschäftigten Arbeiter erheblich mehr verdienten, als sie in dem sogenannten Preisbetriebe verdienten. Neben dem Hauptlohn, Blüher usw. blieben auch die gelehrten Facharbeiter, als Elektriker, Schlosser, Maurer, Feilsehauer und Wäcker usw., im Lohn zurück und verlangten nunmehr auch ihrerseits eine Beteiligung an der Arbeitsarbeit bzw. dem Mehrerwerb.

Daß durch die Einführung des Prämienwesens auch diese genannten Arbeiterkreise zu einer Mehrleistung veranlaßt wurden, suchte die Direktion zunächst zu belegen, gab es aber später zu. Wenn beispielsweise im Walzwerk infolge des Abwärtens bedeutend intensiver gearbeitet wird, muß naturgemäß auch das Geschick mehr mitgenommen und verbraucht werden. Es gibt mehr Brüche und somit mehr Reparaturen als sonst. Die Arbeiter des Walzwerkes werden bei Reparaturen drängen, damit dieselben bald fertig sind und eine Produktion wieder möglich ist. Es wird eine größere Menge von Dampf verbraucht und somit die Kesselheizer und Wärter stärker herangezogen. So läßt es sich sehr leicht nachweisen, daß auch in einem solchen gemäßigten Werke alle beschäftigten Arbeiter in Wirklichkeit an einer Produktionssteigerung mehr oder weniger interessiert sind. Es liegt aber auch durchaus im Interesse einer Betriebsleitung, diese Arbeitsleistung der Arbeiter durch eine entsprechende Beteiligung an dem Übererwerb direkt an der Produktion beteiligten Arbeiter anzuerkennen und dadurch ein größeres Interesse an der Produktionssteigerung zu erzeugen.

Von diesem Gedanken ließen wir uns leiten, als wir der Firma den Vorschlag machten, allen oben genannten Arbeitern einen prozentualen Teil des in jedem Monat zu ermittelnden Durchschnittsübererwerbses zu zahlen.

Nach längerer Verhandlung wurde dem Antrage stattgegeben und es wurde in der im Verein der beiderseitigen Organisationsvertreter abgehaltenen Betriebsratsitzung folgendes vereinbart:

Von dem Durchschnittsübererwerb der direkt produktiv tätigen Walzwerkerarbeiter erhalten alle Handwerker, z. B. Schlosser, Elektriker, Maurer usw. von 14-18 Jahren 40 Proz., von 18-24 Jahren 60 Proz., über 24 Jahre 75 Proz., alle Plagarbeiter von 14-17 Jahren 10 Proz., von 17-20 Jahren 60 Proz., über 20 Jahre 75 Proz.

Da der im April ermittelte Durchschnittsübererwerb 9,80 M. betrug, ergeben sich für diesen Monat schon ganz ansehnliche Mehrerwerbsanteile, z. B. für Plagarbeiter von 14-17 Jahren 3,95 M., von 17-20 Jahren 5,92 M., über 20 Jahre 7,41 M. pro Schicht.

Die so gefundene Lösung kann als eine beide Teile befriedigende bezeichnet werden. Die Abteilung Hochöfen steht in Verhandlungen über Abschluß eines ähnlichen Abkommens und so kommt es, daß auf einem Werk von 1200 Arbeitern, jeder einzelne vom 1. Arbeiter und 1. Schmelzer bis herab zum jüngsten Lehrling und Plagarbeiter, an einer möglichst hohen Produktion interessiert ist. Eine solche Einrichtung kann, da sie unserer Volkswirtschaft nur zum Segen gereichen wird, zur Nachahmung warm empfohlen werden. *) Hoffen wir, daß sie unserer gemeinsamen Ziele, Hebung des Wirtschaftslebens, Steigerung der Produktion und damit unserer Ausfuhrmöglichkeit zum Vortritt dient. Die Arbeiter der Charlottenhütte mögen daraus ersehen, daß sich schwierige Fragen nur lösen lassen und Erfolge nur erzielt werden können durch die Organisation und die Arbeitsgemeinschaft. Darum gilt es für unsere Kollegen dort, durch eine starke Organisation das zu erhalten, was bisher durch emsige Gewerkschaftsarbeit an Erfolgen erzielt wurde. M. S. Sieger.

*) Inzwischen ist dieselbe Regelung bereits auch auf den übrigen größten Werken des Siegerlandes zur allgemeinen Befriedigung vorgenommen worden.

Staatgebiet. (Eine gewaltige Rundgebung der christlichen Gewerkschaften.) Der Landesauschuß des deutschen Gewerkschaftsbundes hatte kürzlich zu einem Gewerkschaftstag in Saarbrücken aufgerufen, der einen geradezu überwältigenden Verlauf nahm. 13 Sonderzüge brachten die Massen in der Frühe des Festtages nach der Festzeit, die innerhalb wenigen Stunden geradezu von Menschen überfüllt wurde und eine wahre Wüstenwanderung erlebte. Der Festzug, der um 1 Uhr begann, mußte schon früher in Bewegung gesetzt werden, da der große Landwehplatz, auf dem die Aufstellung erfolgte, die Massen nicht mehr faßte. Wohl zwischen 40-50 000 Teilnehmer dürfte der Zug gehabt haben und die gesamte Tagespresse ist sich darin einig, daß Saarbrücken eine derartige Massenrundgebung noch nicht erlebt hat. Den Ehrenplatz im Festzug nahmen unsere Jungmänner ein, deren Vorreiter allein über eine halbe Stunde währte und die nach Tausenden zählten, um so mehr, als sich außerdem noch eine gewaltige Anzahl auf den übrigen Zug verteilte. Der Aufmarsch gerade der Jungmänner ließ manchem alten Gewerkschaftler das Herz höher schlagen, zeigte er doch, daß die Zukunft der christlichen Gewerkschaften im Saargebiet gesichert ist. Und nun folgten die unaufzählbaren Massen, nach Kreisen geordnet. Da im Saargebiet laute öffentliche Rundgebungen verboten sind, so marschierten unsere Arbeiterkolonnen unter den Klängen allbekannter Märsche ernst und würdig vorüber und gerade dieser fast trübe Ernst verlieh dem Ganzen eine geradezu überwältigende Wirkung. Der Stimmung, die jeden Einzelnen befeuerte, wurde erst Ausdruck gegeben, als auf dem Festplatz im Ludwigspark die Vertreter der verschiedenen Verbände der Massen aufs neue für die Ideale unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung begeisterten und laut und vernehmlich bei den Forderungen Ausdruck verliehen, die die christlichen Gewerkschaften an die Saarregierung zu stellen haben. Wir werden — so würde von sämtlichen Rednern betont — unsere Mitarbeit auf keinem Gebiete versagen, wie wir umgekehrt von der Regierungsbewertung des Saargebietes erwarten, daß sie ihre Aufgaben nach den durch den Friedensvertrag vorgezeichneten Richtlinien erfüllt. Es muß betont werden, daß sich die Bevölkerung des Saargebietes des Einverständnisses nicht erwehren kann, daß die Regierungsbewertung in ihren Entscheidungen oftmals andere Interessen als die der Saarbevölkerung fördert. Nur durch wirkliche Taten, frei von fremden Einflüssen, kann die Regierung das Vertrauen des Volkes erlangen. Mit einem begeisterten ausgenommenen Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung schloßen die einzelnen Redner ihre Ausführungen.

Es kann wohl gesagt werden, daß der erste Gewerkschaftstag im Saargebiet zweifellos bei allen, die Zeuge dieser gewaltigen Kundgebung für unsere christlichen Sache waren, einen unergiebigen Eindruck hinterlassen hat.

Doch nun gilt es, den Erfolg des Tages nach Möglichkeit dahin auszuweiten, daß jeder dazu beiträgt, durch Stärkung unserer Reihen in den christlichen Gewerkschaften nicht nur ein Bollwerk des christlichen Gedankens, sondern auch des Deutschtums im Saargebiet zu schaffen, an dem alle Kräfte, von welcher Seite sie auch immer kommen mögen, für alle Zeiten abprallen werden. J. S.

Aus der Branchenbewegung.

Elektronentechnik.

In letzter Zeit ist wiederholt der Gedanke eines Reichstaxifestes für das elektronische Gewerbe aufgetaucht, welches abgeschlossen werden müsse, um die Konkurrenz, die sich Firmen der einzelnen Städte bieten, in gesunde Bahnen zu lenken und die Schmutzkonkurrenz zu beschränken. Noch vor kurzer Zeit wurde von dem Vertreter einer größeren Firma Westfalenslands darauf hingewiesen, daß Monteur Berliner Firmen, die im Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk Anlagen herstellen, mit ihrem Lohn, einschließlich aller Zulagen, unter dem in diesem Bezirk bezahlten Tarifstundenlohn blieben. Unter solchen Umständen sei den Berliner Firmen in anderen Gegenden die Schmutzkonkurrenz leicht gemacht. Die Löhne und Arbeitsbedingungen für einen größeren Betrieb müssen deshalb möglichst für das gesamte Reichsgebiet vereinheitlicht werden. Was eine Vereinheitlichung der Lohnsätze nicht so ohne weiteres durchzuführen ist, wird jedem Einseitigen klar sein. Die Wirtschaft- und Lebensverhältnisse sind eben in den einzelnen Städten und Gegenden zu verschieden. Trotzdem muß dem Gedanken eines Reichstaxifestes unbedingt näher getreten werden, zumal die großen Firmen Siemens-Schuckert, A. G. u. andere, in fast allen größeren Städten Deutschlands Installationsbüros haben und auch überall Monteur beschäftigen. Es kann sich allerdings zunächst nur darum handeln, einen Reichsmanteltarif zum Abschluss zu bringen, um die allgemeinen Arbeitsbedingungen einer Regelung zu unterziehen. Es ließe sich auch mittels Lohnservistaxifestes in die Lohnfrage für einen größeren Bezirk regeln, wodurch aber wiederum die Interessen großer Teile der Arbeitnehmerschaft gefährdet werden könnten. Nachstehende Aufstellung gibt ein Bild davon, wie verschiedenartig die Lohnfrage in den einzelnen Gebieten geregelt ist. Sie stellt eine Übersicht über die im Monat Mai 1920 gezahlten tariflich festgelegten Löhne dar und zwar sind die niedrigsten Löhne der jungen Ausgelernten und die höchsten Tariflöhne nebeneinander aufgeführt.

Statistik über die Löhne der Elektromonteur im Monat Mai 1920

Tarifgebiet:	Niedrigster Tariflohn	Höchster Tariflohn	Der höchste Lohn wird erreicht:	Der Lohn wird bezahlt seit
Aachen	2.80 p. St.	4.60 p. St.	5. Jahre n. d. Lehrzeit	1. 4. 20.
Amberg	1.80 " "	3.70 " "	25. Lebensjahre	1. 5. 20.
Berlin	4.60 " "	5.00 " "	n. ganz bef. Leistung	23. 5. 20.
Bonn	2.75 " "	5.00 " "	25. Lebensjahre	1. 4. 20.
Breslau	3.20 " "	4.00 " "	21. Lebensjahre	
Bremen	3.80 " "	5.20 " "	4. Jahre n. d. Lehre	14. 5. 20.
Cöln	5.00 " "	6.50 " "	25. Lebensjahre	1. 5. 20.
Crefeld	2.50 " "	5.00 " "	25. Lebensjahre	1. 6. 20.
Frankfurt	2.75 " "	5.40 " "		1. 4. 20.
Herford	2.85 " "	5.20 " "	6. Jahre n. d. Lehre	15. 5. 20.
Karlsruhe	3.20 " "	5.10 " "	(25. Lebensjahre, als selbständ. Monteur	1. 5. 20.
Mannheim	3.30 " "	5.20 " "	als Obermonteur	1. 4. 20.
Magdeburg	2.50 " "	4.50 " "	24. Lebensjahre	1. 5. 20.
Münster	3.30 " "	4.70 " "	25. Lebensjahre	1. 5. 20.
Nürnberg	3.00 " "	5.00 " "	nach Leistung	1. 5. 20.
Ulm-D.	3.55 " "	4.80 " "	25. Lebensjahre	1. 5. 20.
Rhein-westf. Bk.	4.00 " "	6.00 " "	5. Jahr n. d. Lehre	1. 5. 20.
St. Kl. Klasse A.	3.80 " "	5.70 " "	" "	1. 5. 20.
" "	3.60 " "	5.40 " "	" "	1. 5. 20.

Diese Aufstellung ergibt nur insofern ein klares Bild, als sie zahlenmäßig die niedrigsten und höchsten Tariflöhne wiedergibt. Besonders auffallend niedrig sind die Löhne in der Berliner Elektrizitäts-Industrie. Allerdings werden in Berlin noch Zulagen in Höhe von 9 M. pro Woche und Kindergeld in Höhe von je 10 Pf. die Stunde in Betracht. Ein schließlich dieser Zulagen erreichen die Berliner Tariflöhne bei weitem noch nicht die Löhne der Kollegen im Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk.

In einigen Tarifverträgen unterscheidet man noch zwischen Hilfs- und Hauptmonteur, selbständig arbeitenden Monteur, bauleitenden Monteur und Obermonteur. Wenn ein Obermonteur in Magdeburg 4,50 M. pro Stunde, ein selbständiger Monteur in Mannheim 5,20 M., ein mit allen Arbeiten vertrauter, selbständiger, erfahrener Monteur in Berlin 5,00 M. pro Stunde laut Tarif erhält, so ist das etwas anderes, als wenn im Rheinisch-Westfälischen Bezirk jeder Arbeitnehmer, der im 5. Jahre nach der Lehre steht, den Höchstlohn, je nach der Ortsklasse, von 5,40 bis zu 6,00 M. zu verlangen hat. Die angeführten Löhne sind also nicht gleichmäßig zu bewerten, da je nach der Art der Bewertung des einzelnen Elektrikers die Löhne festgelegt sind.

Wenn nun ein Reichstaxifest in Lohnservistaxifestes zustande gebracht würde, müßte das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet in die Servistaxifeste A aufgenommen werden, während Berlin höchstens die Klasse C zu beanspruchen hätte. Das würde nach dem jetzigen Stande der Löhne das Maßgebende sein. Oder aber Berlin, als eine der teuersten Städte und als erste Stadt im Reich würde der Klasse A zugeteilt werden und die Berufs Kollegen der anderen Städte müßten sich nach den Löhnen der Berliner richten, was bedeuten würde, daß durch den Reichstaxifest die Interessen großer Teile der Kollegen gefährdet werden. Man lebe nur nicht in dem Glauben, daß durch Abschluß eines Reichstaxifestes die Berliner Firmen gezwungen werden könnten, höhere Löhne zu zahlen. Im allgemeinen heißen sich die Löhne der Elektriker den Löhnen an, die in den übrigen Industrien, besonders in der Metallindustrie am selben Orte gezahlt werden. Die Kollegen des Rheinisch-Westfälischen Industriebezirks würden es ablehnen müssen, daß ihnen Berlin als Muster vorgeführt würde. Es heißt also, die Frage eines Reichstaxifestes müßten prüfen und das Für und Wider kräftig abwägen.

Die vorstehende Statistik lehrt uns aber auch, daß dort die höchsten Löhne anzutreffen sind, wo eine starke christliche Gewerkschaftsbewegung ihren Einfluß auf die Gestaltung der Dinge ausübt. In sozialdemokratischen Hochburgen, wo das die Löhne der Elektriker in Berlin beweisen, werden die Interessen der Berufs Kollegen nicht so vertreten, wie es im Interesse der Arbeiterschaft notwendig wäre. Parteipolitik geht in den sozialdemokratischen Verbänden vielfach über Gewerkschaftsarbeit, wenn auch der Arbeiter dabei den Kürzeren zieht. In Gegenden mit einer starken, von jeder Parteipolitik freien christlichen Gewerkschaftsbewegung werden die sozialdemokratischen Gewerkschaften, auch in Zeiten hochpolitischer Kämpfe, zur praktischen Mitarbeit schon durch unsere christlichen Verbände veranlaßt.

Je stärker unser christlicher Metallarbeiterverband unter den Elektrotechnikern wird, je größer wird der Einfluß auf die gänzliche Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die Kollegen müssen dafür sorgen, daß immer mehr Berufs Kollegen dem christlichen Metallarbeiterverbande zugesetzt werden. Dazu ist die Gründung von besonderen Branchen Gruppen unbedingt notwendig, damit die weiteren Wünsche unserer Kollegen bekannt werden. Schulung in beruflichen und gewerkschaftlichen Fragen wird die nächste und vornehmste Pflicht des Elektrotechnikers sein müssen. Große Aufgaben stehen uns bevor. Sorge jeder dafür, daß nur solche Wege eingeschlagen werden, die für uns einen Erfolg bedeuten. G.